Der Bundesrat ergrÃ¼nt â?? Zentrale Ergebnisse aus den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg

Description

Von Robin Arens

Sachsen und Brandenburg haben ihre Landtage gewÃ¤hlt. Was bedeutet das fÃ¼r die Politik in Berlin und den LÃ¤ndern? Aus dem Wahlergebnis vom 01. September 2019 lassen sich drei wichtige Erkennntisse ableiten:

- Die GrÃ¼nen gewinnen im Bundesrat noch weiter an Relevanz
- Die einzelnen LÃ¤nder bekommen eine stÃ¤rkere Verhandlungsposition
- Der Rechtfertigungsdruck der SPD, die GroÃ?e Koalition zu verlassen, steigt

3er-Koalitionen werden immer relevanter â?? Die GrÃ¼nen sind im Bundesrat die KÃ¶nigsmacher

Die Wahlergebnisse haben es mal wieder gezeigt. Regierungsbildungen auf Landesebene werden immer komplexer. Lange Zeit galt in den BundeslÃ¤ndern, dass maximal zwei Partner reichen, um eine stabile Koalition zu bilden. Ausnahmen waren hier das kurzlebige Ampel-Experiment in Bremen 1990 und die etwas lÃ¤ngerlebige Jamaika-Koalition im Saarland zwischen 2009 und 2012. Nach Bildung der Regierungen in Brandenburg und Sachsen werden voraussichtlich acht Landesregierungen aus drei Koalitionspartnern bestehen. Die aktuellen Umfragewerte in ThÃ¼ringen deuten zudem darauf hin, dass die Zahl nicht kleiner wird. Diese LÃ¤nder (inkl. ThÃ¼ringen) wÃ¼rden insgesamt 31 der 65 Stimmen im Bundesrat stellen.

Durch diese Konstellation werden die GrÃ¼nen im Bundesrat immer mehr zum ZÃ¼nglein an der Waage. Sollte sich auch in Brandenburg, trotz der parteiinternen Entwicklung bei der CDU, eine Regierung aus SPD, CDU und GrÃ¼nen finden â?? theoretisch gÃ¤be es noch die MÃ¶glichkeiten das SPD, CDU und die Freien WÃ¤hler oder Rot-Rot-GrÃ¼n eine Koalition eingehen â?? so wÃ¤re die Partei in 10 LÃ¤ndern in Regierungsverantwortung. Nur CDU/CSU und SPD kÃ¶nnen mit 11 Landesregierungen mehr Beteiligungen auf Landesebene vorweisen. Insgesamt vereinen die BundeslÃ¤nder

mit einer grÃ¼nen Beteiligung 45 Bundesratsstimmen auf sich. Zum Vergleich: Die Union hat Einfluss auf 51 Stimmen, die SPD nur auf 42 Stimmen.

Diese Situation kÃ¶nnte zu zwei PhÃ¤nomenen fÃ¼hren. Zum einen wird der Bundesrat in seiner Entscheidungsfindung langsamer, da durch die sich erhÃ¶hende KomplexitÃ¤t die MehrheitsverhÃ¤ltnisse schwieriger zu organisieren werden. Zweitens werden sich die einzelnen BundeslÃ¤nder ihre Zustimmung zu Regierungsvorhaben noch teurer â??abkaufenâ?? lassen. So hatte sich zum Beispiel Bodo Ramelow (Die Linken sich 2017) eine FÃ¶rderung fÃ¼r den Ausbau einer Bahntrasse garantieren lassen, bevor ThÃ¼ringen die Maut nicht weiter blockierte.

Regierungsbildung in den beiden LÃ¤ndern wird Suche nach SPD-Vorsitzenden Ã¼berschatten

In Brandenburg ist die SPD erneut die stÃ¤rkste Partei, trotz eines Stimmenverlusts von knapp sechs Prozent. In Sachsen ist sie nach 2009 erneut unter die Marke von 10% gefallen. Dennoch wird die Partei in beiden BundeslÃ¤ndern voraussichtlich an beiden Landesregierungen beteiligt werden. Trotz des RÃ¼cktritts von Ingo Senftleben als Parteivorsitzender und der Wahl von Jan Redemann zum Fraktionsvorsitzenden sowie Michael StÃ¼bgen zum kommissarischen Parteivorsitzenden, ist die Kenia-Koalition weiterhin eine realistische Option. Die gleiche Farbkonstellation wird es in Sachsen ebenfalls geben, nur unter einer CDU-gefÃ¼hrten Staatskanzlei.

Zwar wird sich die Diskussion wÃ¤hrend der Regionalkonferenzen fÃ¼r die Bewerber um den SPD-Parteivorsitz auf ein WeiterfÃ¼hren der GroÃ?en Koalition auf Bundesebene fokussieren. Allerdings ist die SPD schon in Sachsen-Anhalt, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und dem Saarland Teil einer gemeinsamen Koalition mit der CDU. Mit den beiden letzten Landtagswahlen kÃ¶nnten zwei weitere Koalitionen hinzukommen. Das bedeutet, dass die Forderung nach einem Ausscheiden der SPD aus der Koalition im Bund, nahezu zwangslÃ¤ufig auch die Diskussion um diese LÃ¤nderbÃ¼ndnisse erÃ¶ffnen wird. Diese strategische Frage werden die Kandidaten beantworten und schlÃ¼ssige Antworten liefern mÃ¼ssen, inwiefern man in Berlin nicht mehr gemeinsam regieren will, aber weshalb in den LÃ¤nderparlamenten weiterhin die Regierung getragen werden soll.

Ã?ber den Autor: Robin Arens hat zwischen 2012 und 2015 den Bachelorstudiengang Politikwissenschaft an der UniversitÃ¤t Duisburg-Essen studiert. In dieser Zeit war er sowohl Tutor als auch studentische Hilfskraft am Lehrstuhl fÃ¼r Empirische Politikwissenschaft. AnschlieÃ?end studierte er Politik- und Verwaltungswissenschaft sowie Political Economy an der UniversitÃ¤t Konstanz und der University of Essex. Seit August 2017 arbeitet er fÃ¼r die Bernstein Group.

Ã?ber die Bernstein Group: Die Bernstein Group berÃ¤t seit 18 Jahren nationale und internationale Unternehmen, Investoren, Start-ups und Institutionen bei regulatorischen und kommunikativen Fragen. Das Unternehmen ist an den Standorten Berlin und BrÃ¼ssel mit eigenen BÃ¼ros vertreten.

Date Created
September 23, 2019
Author
hiwi